

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion der DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und SPD
- Drucksachen 16/11740, 16/11801 -**

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des zweiten Konjunkturpaketes der Bundesregierung vom Januar 2009 einen Fonds einzurichten, der ausschließlich der Tilgung der Altschulden (nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz vom 23. Juni 1993) von ostdeutschen Wohnungsunternehmen dient. Dieser Fonds wird in einem solchem Maße finanziell ausgestattet, wie es zur endgültigen Entschuldung der genannten Unternehmen erforderlich ist. Der Fonds ist zeitlich nicht befristet. Die Entlastung von den genannten Altschulden erfolgt vollständig unter der Bedingung, dass die Wohnungsunternehmen für einen Zeitraum von fünf Jahren die Nettokaltmiete nicht erhöhen und die darüber hinaus gewonnene Liquidität für die energetische Sanierung ihrer Bestände einsetzen.

Berlin, den 10. Februar 2009

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Ziel des zweiten Konjunkturpaketes ist es laut Bundesregierung, Hemmnisse für Investitionsmaßnahmen in Folge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu beseitigen bzw. Investitionsanreize zu schaffen.

Die bestehende Altschuldenproblematik ist eines der Haupthindernisse für Kommunen und deren Betriebe für Investitionen in Stadtentwicklung und Wohnungsbau, insbesondere für Maßnahmen im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau Ost.

Es bedarf zwingend und schnellstmöglich der generellen Lösung der Altschuldenfrage für alle ostdeutschen Wohnungsunternehmen, und zwar unabhängig von bisherigen Beschränkungen – wie die Leerstandsquote der jeweiligen Unternehmen.

Nutznieber des Konjunkturpaketes sollen auch die Mieterinnen und Mieter sowie die Umwelt sein.